



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 8. März 1888.

Nr. 115.

Vom Kronprinzen.

Berlin, 7. März.
Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht in seiner heutigen Nummer folgendes Bulletin aus San Remo:

San Remo, 7. März, 9 Uhr 55 Minuten Vormittags. Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz hielt höchst gestern mehrere Stunden im Garten auf. Der Schlaf war wieder gut, im Uebrigen wie früher.

Madenzie. Schröder. Krause.
Hoyll. v. Bergmann. Bramann.
Das offizielle Telegraphen-Bureau verbreitet folgende Meldungen:

San Remo, 6. März, 10 Uhr 25 Minuten Abends. Der Kronprinz verbrachte am Nachmittag längere Zeit auf dem Ballon, wo er öfter auf und ab ging. Der Husten machte sich nur sehr wenig bemerkbar. Professor Waldeyer ist heute Nachmittag abgereist.

San Remo, 7. März, 10 Uhr 10 Minuten Vormittags. Der Kronprinz verbrachte eine recht gute Nacht, fühlte sich gestärkt, in guter Stimmung und nahm das Frühstück mit vielem Appetit ein. Husten und Auswurf haben sich noch weiter vermindert. Der Kronprinz beabsichtigt, heute wieder im Garten spazieren zu gehen. Das Wetter ist prächtig.

Der „B. B. C.“ erhält die nachfolgenden Telegramme seines Korrespondenten:

San Remo, 7. März, Vormittags. Heute wird der „Standard“ folgendes Kommu-nique bringen:

„In der November-Konkulation war Professor Schröder für die ganze Ablation des Kehlkopfes, Dr. Schmidt mehr für die partielle Resektion, auch Dr. Krause war damals letzterer Ansicht. Nur Dr. Madenzie war dagegen, weil die Drüsen affigirt waren und eine Operation unter solchen Umständen höchst bedenklich gewesen wäre, indem sich leicht wässriges Nedem gebildet hätte. Jetzt, wo die Drüsen vollständig normal sind, ist Dr. Madenzie der Ansicht, daß, falls eine Operation notwendig sei, jetzt der geeignetste Zeitpunkt für sie wäre.“

San Remo, 7. März, 10 Uhr 50 Minuten Vormittags. Seit 10 Uhr spaziert der Kronprinz mit dem Prinzen Heinrich im Garten der „Villa Zirio“, der Kronprinz trägt einen Strohhut. Da der hohe Patient bis an den Fahrweg herankommt, ließ sich sein gutes Aussehen besser konstatieren. Die Nacht war gut. Professor v. Bergmann soll heute Abend abreisen.

Deutschland.

Berlin, 7. März. Ueber das Befinden des Kaisers bringen die heutigen Hofnachrichten keinen Bericht; dagegen enthält der heute erscheinende „Reichsanzeiger“ folgende leider wenig tröstliche Meldung:

„Bei Sr. Majestät dem Kaiser und König haben sich zu den seit Sonnabend, den 3. d. M., vorhandenen allgemeinen Erklärungs-Erscheinungen, welche mit einer Affektion der Hals- und Kehlkopf- und Reizung der Augenbindehaut verbunden waren, in den nächsten Tagen öfters eintretende schmerzhafteste Unterleibs-Beschwerden gesellt. — Seit gestern hat sich auch der Appetit wesentlich vermindert. In Folge dessen ist eine merkliche Abnahme der Kräfte eingetreten.“

Der Reichskanzler Fürst Bismarck begab sich heute Vormittag gegen 12 Uhr nach dem königlichen Palais.

Die Kunde von den Befinden des Kaisers verbreitete sich nach und nach, so daß sie im Reichstage jedes andere Interesse zurückdrängte. Der Kriegsminister, welcher zur Vertretung der Nachtrags-Forderung für die strategischen Bahnen im Reichstage erschienen war, kam aus dem Palais und kehrte nach kurzer Anwesenheit im Reichstage dorthin zurück. Der Reichstagsaal selbst war trotz der dauernden Sitzung wie verödet, während die Abgeordneten in bewegten Gruppen sich im Foyer aufhielten. Prinz Wilhelm hat seit seiner heute früh erfolgten Ankunft das Palais noch nicht verlassen. Während um 1 Uhr 30 Minuten das Palais noch ganz verödet lag, hatten sich eine Stunde später bereits Ansammlun-

gen gebildet, auf den besorgten Gesichtern las man die tiefe Anteilnahme an der bekümmerten Nachricht. Ueber das Leiden des Kaisers erfährt man, daß seit Dienstag Abend Erscheinungen sich zeigten, welche bei den behandelnden Ärzten ernsthafte Bedenken erregen. Dem Kronprinzen wurde alsbald heute Morgen von dem Befinden des Kaisers Nachricht gegeben.

Auf die Zeit unmittelbar vor Eintritt der schlimmen Wendung bezieht sich folgende, der „Nat.-Ztg.“ zugegangene Mittheilung:

„Wenn auch die Thatsache, daß Se. Majestät der Kaiser und König am heutigen Tage keine Vorträge und militärische Meldungen entgegenzunehmen vermochte, im Publikum eine berechtigigte Besorgnis hervorrufen mußte, so erfahren wir doch aus Hofkreisen, daß es sich bei der Unpäßlichkeit des greisen Monarchen auch diesmal um ein Wiederhervortreten seines bekannnten Leidens handelt, das bei der stets geübten Vorsicht und vorzüglichen Pflege nur vorübergehend sich zeigen dürfte. Allerdings fügt man hinzu, daß bei dem hohen Alter des geliebten Kaisers die Beseitigung des Uebels sich etwas verzögern dürfte, so daß die völlige Genesung resp. Rekonvaleszenz wohl einen Zeitraum von 8 bis 14 Tagen umfassen könnte. Es wird uns gleichzeitig versichert, daß das jetzige Wiederauftreten des alten Leidens auch zum Theil durch die große Aufregung, von welcher der greise Herrscher in der letzten Zeit heimgeführt worden und die natürlicher Weise große Gemüths-Bewegungen zur Folge hatte, hervorgerufen wurde und daß nicht lediglich Erhaltung die schuldtragende Ursache ist. Außer den betrübenden Nachrichten aus San Remo war es zunächst ja der Tod eines blühenden Enkelsohnes, der das Herz des kaiserlichen Großvaters schmerzhaft verwunden mußte, zumal auch der Bruder des Dahingeshiedenen ernstlich leidend ist. Zu diesen Schicksalschlägen tritt nun noch der weitere Kummer, daß die einzige Tochter unseres Kaiserpaars, Ihre königliche Hoheit die Großherzogin von Baden, höchstwahrscheinlich schon bei der letzten Anwesenheit am hiesigen Hofe an den Augen litt, über eine ernstliche Verschlimmerung dieses Leidens klagen soll, so daß auch aus Karlsruhe unserem erlauchten Herrscherpaare keine erfreulichen Nachrichten zu gehen. In dieser schweren Leidenszeit sind die Herzen der Bevölkerung selbstverständlich in doppelter Theilnahme dem theuren Herrscherpaare ergeben und vereinigen sich mehr denn je zu dem innigen Gebete, daß Gott bald nach allen Seiten hin eine Wendung zum Besseren eintreten lassen möge.“

Wie die „Nat.-Ztg.“ nachträglich erfährt, hat der Kaiser gegen 3 Uhr etwas Nahrung zu sich genommen. Die Hoffnung, daß der Anfall glücklich überwunden wird, ist dadurch gesteigert. Der Reichskanzler, der seit 11 Uhr im Palais war, begab sich gegen 3 Uhr nach Hause.

Zu der Nachricht, nach welcher neben Gneist und dem Regierungsrath von Brandenstein auch der Generalmajor von Wittich dem Prinzen Wilhelm als Beirath zur Seite gegeben werden soll, bemerkt die „Kreuz-Zeitung“:

„So viel wir vernommen haben, würde der genannte General das Commando der Brigade in Brandenburg behalten und auf Wunsch des Prinzen nur einige Male wöchentlich nach Berlin herüber kommen, um Sr. königlichen Hoheit und einigen hiesigen Offizieren kriegswissenschaftliche Vorträge zu halten.“

Gegenüber irrigen Zeitungsangaben, nach welchen Seine Excellenz der General-Feldmarschall Graf v. Moltke das 70jährige Dienstjubiläum am 8. März dieses Jahres feiert, bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“, daß dieses Jubiläum erst auf den 8. März nächsten Jahres fällt.

Das Memorandum, welches der russische Botschafter Herr v. Nelidow am 25. v. M. der Pforte überreicht hat und das den Ausgangspunkt der gegenwärtig im Zuge befindlichen diplomatischen Aktion bildet, lautet wie folgt:

„Die im Berliner Vertrage vorgesehene und für die Befestigung Ferdinands von Coburg als Fürst von Bulgarien notwendige Zustimmung der Mächte ist nicht erteilt worden. Seine Anwesenheit an der Spitze des Vasallen-Fürstenthums ist daher ungesetzlich und vertragswidrig. Die kaiserlich-russische Regierung stellt in Folge

dessen an die hohe Pforte das Verlangen, das Bestehende der bulgarischen Regierung mitzutheilen und diese Mittheilung den Großmächten zur Kenntniß zu bringen.“

Wie verlautet, hätte die Pforte gleichzeitig mit der von ihr an die bulgarische Regierung gerichteten Erklärung dem russischen Memorandum entsprechend den Großmächten von dieser Erklärung Kenntniß gegeben. Daß die Pforte allen Mächten gegenüber verändert ist, erscheint klar. Denn während die Stellung des Prinzen Ferdinand nur ansehbar war, ist ihr durch die von der Pforte nach Sofia geschickte Note die Rechtsgrundlage förmlich entzogen.

Die Presse beschäftigt sich mit den nächsten Folgen der Erklärung. Es wird gemeldet:

London, 7. März. Die meisten Morgenblätter drücken die Ansicht aus, daß die Plebisziterklärung den Prinzen Ferdinand zum baldigen Verlassen Bulgariens veranlassen werde, daß sich indes nach der Abreise des Prinzen die bulgarische Frage noch dringlicher gestalten dürfte.

Wien, 7. März. Die „Presse“ spricht der Aktion der Pforte in Sofia jeden praktischen Erfolg und Werth ab. Rußland habe damit, daß es diplomatische Verhandlungen über die bulgarische Frage, anstatt mit allen Signatarmächten, nur mit der Türkei allein geführt, eine starke Rechtebasis aufgegeben, ohne sich mit der Logik der Thatsachen in Bulgarien abgefunden zu haben. Deshalb werde auch diese neueste Phase der diplomatischen Aktion des Petersburger Kabinetts in der bulgarischen Frage schwerlich zu einer ersprießlichen Lösung derselben führen.

Da die bulgarische Regierung, an welche sich die Pforte gemeldet hat, zur Zeit ein von dem Prinzen Ferdinand gebildetes Ministerium ist, so liegt die Sache auch dadurch außerordentlich, daß mit der Legalität des Prinzen auch die Legalität des Ministeriums verneint wird. Ist es den jetzigen bulgarischen Machthabern indessen um eine Verhinderung zu thun, so werden derartige Hindernisse nicht aufhalten. Von der Haltung der bulgarischen Regierung werden die weiteren Schritte abhängen, die Rußland in Konstantinopel zu thun unternehmen mag. Gewaltschritte gegen Bulgarien hat die Erklärung des russischen „Regierungsanzeigers“ ausdrücklich abgelehnt. hdem Fürst Bismarck dieselben in seiner Reichstagsrede für unwahrscheinlich erklärt hatte. Die Unterstützung, welche Fürst Bismarck Rußland für die Herstellung vertragsmäßiger Zustände in Bulgarien in Aussicht gestellt hat, ist von ihm ausdrücklich auf das diplomatische Gebiet beschränkt worden. Daß Prinz Ferdinand von Seiten Oesterreichs und Italiens im Widerstand gegen die gegen ihn gerichtete Erklärung Aufmunterung oder Unterstützung erhalten sollte, darf man als ausgeschlossen betrachten. Die Haltung einiger österreichischen Blätter, welche die Koburgische Sache mit standhafter Ausdauer verfechten, ändert an dieser Sachlage nichts.

Wien, 7. März. Einer der „Corr. de l'Est“ aus Petersburg von kompetenter Seite zugehenden Meldung zufolge, hofft man in den dortigen leitenden Kreisen zuversichtlich, daß die Einigung zwischen den Mächten doch auf Basis der russischen Vorschläge endlich zu Stande kommen wird. Man hält dies für die unbedingt beste Lösung der bestehenden Schwierigkeiten. Rußland hält an seinem ursprünglichen Programme fest und weigert sich, weitere formelle Vorschläge zu machen, bevor nicht Fürst Ferdinand aus Sofia entfernt worden ist. Um jedoch die loyalen Absichten Rußlands zu bekunden und das Misstrauen gewisser Mächte (Oesterreich und Italien) zu zerstreuen, wird die russische Regierung den betreffenden Kabinetten vertrauliche Eröffnungen machen, welche geeignet sein werden, dieselben über die russischen Intentionen vollkommen zu beruhigen.

Das Wiener „Fremdenblatt“ schreibt: In französischen Zeitungen wird seit einiger Zeit in tendenziöser Absicht die auch in hiesigen Blättern ausgetauchte Nachricht verbreitet, daß sowohl Oesterreich-Ungarn als Deutschland geheime Abmachungen mit Italien bezüglich der Stellung des Papstes in Rom getroffen hätten. Es liegen zwar schon mehrfache autoritative Aeußerungen über die zwischen Italien, Oesterreich-Ungarn und

Deutschland bestehenden Vereinbarungen vor, welche als Ziel der letzteren ausschließlich die Erhaltung des Friedens und die Abwehr eines auswärtigen Angriffes bezeichnet haben, und es muß daher die Annahme, daß die Beziehungen Italiens zum Vatikan in den fraglichen Vereinbarungen irgendwie berührt worden wären, als unbegründet erscheinen. Trugdem halten wir doch für nothwendig, auf Grund authentischer Informationen jene offenbar mit einer bestimmten Absicht ausgestreuten Gerüchte ausdrücklich als völlig aus der Luft gegriffen zu bezeichnen.

Ungland.

Wien, 6. März. Die „Polit. Korr.“ meldet: Auf der Strecke Rowno-Wilna müssen alle Betriebsmittel zum 1. März (alten Stils) für militärische Zwecke bereit gehalten werden.

Wien, 6. März. Das Schlussergebnis der serbischen Wahlen ist folgendes: Gewählt sind 133 Radikale, 15 Liberale, 7 Abgeordnete, die keiner bestimmten Partei angehören; eine Wahl wurde für ungültig erklärt.

Wie die „Polit. Korr.“ meldet, hat die ottomanische Bank gegen Verpfändung gewisser Einkünfte des Vilajets Smyrna die Zahlungen der Gehälter des diplomatischen Korps und der Offiziere für die Monate Dezember, Januar und Februar übernommen. Die Abschlagszahlung an Rußland soll aus dem Verkauf der Mienen von Heraklea bestritten werden.

Rom, 6. März. Mehrere Blätter melden jüngst, Prinz Louis Napoleon, der als Kavallerieoffizier in Verona steht, habe seinen Dienst quittirt angesichts des Abschlusses des deutsch-österreichisch-italienischen Bündnisses. Dies ist unrichtig. Der Vater des Prinzen kam dagegen dieser Tage persönlich nach Rom und hatte hier mehrere Besprechungen mit leitenden Persönlichkeiten, deren Folge das fernere Verbleiben seines Sohnes in der italienischen Armee ist.

Nach der „Capitale“ ist bereits ein völliges Einverständnis zwischen dem Vatikan und Rußland über die Stellung der katholischen Kirche in Rußland erzielt; Galimberti würde zum definitiven Abschluß der Verhandlungen baldigt nach Petersburg abreisen.

Rom, 6. März. Wie die „Riforma“ meldet, hat der Reichskanzler Fürst Bismarck dem Ministerpräsidenten Crispi heute telegraphisch seinen Dank für die gestern von der Kammer ausgesprochenen Wünsche für die Wiedergeburt des Kronprinzen, wie für die bei diesem Anlaß gesprochenen Worte Crispi übermitteln. Die „Riforma“ fügt hinzu, das Telegramm sei nicht nur der Ausdruck eines einfachen Dankes, sondern habe auch einen besonderen politischen Charakter, da es die Bande der Freundschaft zwischen den beiden Ländern erwähne.

Paris, 6. März. Die Deputirtenkammer setzte in einer heute Vormittag abgehaltenen Sitzung die Beratung des Kriegsbudgets fort. Ledroy verlangte Aufklärungen über den Gesetzentwurf betreffend die Einsetzung von 5 Generalinspektoren und beantragte die Verweisung dieses Gesetzentwurfs zur Vorberatung an die Armeekommission. Der Kriegsminister erwiderte, die Generalinspektoren sollten Delegirte des Kriegsministers sein, die Kreierung der Generalinspektoren sei eine große Hauptsache, es werde besser als bisher ermöglichen die Maßnahmen für die Vorbereitung zum Krieg zu inspizieren und zu prüfen und über die Sicherheit und Vertheidigung des Landes zu wachen. Im Hinblick auf die Wichtigkeit der Vorlage erklärte er sich mit deren Verweisung an die Armeekommission einverstanden. Die Kammer vertagte sich darauf auf zwei Stunden.

Paris, 6. März. Der Boulanger-Kumwel nimmt kein Ende. Die opportunistische Presse nennt den Brief, in welchem Boulanger dagegen protestirt, daß man bei den Deputirtenwahlen Stimmgittel auf seinen Namen abgibt, laun, ungenügend und keine Bürgschaft für die Zukunft bietend. Die drei republikanischen Fraktionen des Senats beabsichtigen wegen Boulanger zu interveniren und von der Regierung eine strenge Untersuchung zu verlangen; ein bestimmter Beschluß ist jedoch noch nicht gefaßt. Der „National“ behauptet, der Kriegsminister hätte beabsichtigt, Boulanger mit dreißig Tagen Arrest zu bestrafen, weil derselbe seinen ersten Protestbrief ohne

